Nr. 83. 17. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3412) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 8. April 1903.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Wilhelminenstr. 11, pt. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Banstr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Vom württembergischen Landtag.

Der wachsende Einfluß unserer Genossen in den Landtagen und Kommunalverwaltungen bringt es mit sich, daß sie sich immer eifriger an der praktischen Landes- und Gemeindepolitik betheiligen, was naturgemäß die Kritik des Klassenstaates, die gleichfalls zu ihren Aufgaben gehört, mehr und mehr in den Hintergrund drängt. Darauf stützt sich ja die bürgerliche Legende von der Mauserung der Sozialdemokratie. Wie man aber das Eine thun kann und das Andere nicht zu lassen braucht, hat dieser Tage unser alter Genosse Tauscher im württembergischen Landtage gezeigt, der bei der Debatte zum Etat des Innern in recht geschickter Weise die Verkehrtheit und Fehlerhaftigkeit der heutigen Gesellschaft u. A. daran exemplifizirte, daß auf dem Lande über Mangel an Arbeitern geklagt wird, während in den Städten die Kalamität der Arbeitslosigkeit herrscht, namentlich in Zeiten der Krise; daß die Verkaufsmagazine vollgepfropft sind, wie in den letzten Jahren, während Hunderte nicht haben, womit sie ihre Blöße bedecken; daß eine Menge große und schöne Wohnungen in der Stadt leer stehen, indeß zahlreiche Arbeiterfamilien wegen der exorbitanten hohen Miethpreise keine Wohnung aufzutreiben wissen.

Im Anschluß hieran geißelte er auch die Unart der Exzellenzen, ab und zu der sozialdemokratischen Partei Sottisen zu sagen. Es mache auf ihn immer einen erheiternden Eindruck, erklärte er, wenn vom Regierungstisch geäußert wird (gemeint war der Ministerpräsident v. Breitling): „Wir stehen toujours en vedette gegen die Sozialdemokratie und ihre Staat und Gesellschaft umstürzenden Bestrebungen.“ Gegen die stetige Umwandlung der in den Sozialismus hineinwachsenden Gesellschaft können die Herren von der Regierung nicht ankommen, ob sie noch so sehr en vedette stünden, „und deswegen meine ich, es sollten in Zukunft alle Kraftausdrücke gegen meine Partei unterbleiben; sie werden von uns wirklich nicht mit dem Ernst aufgenommen, den man sich am Regierungstisch davon verspricht. Minister kommen und gehen, aber das arbeitende Volk mit seinen Kulturaufgaben bleibt.“ Das war eine wohlangebrachte Lektion.

Wie empfindlich die Herren selber sind, hat in derselben Sitzung der Minister des Innern gezeigt, als er in seiner Antwort auf die Klagen unserer Genossen Hildenbrand und Tauscher wegen geringen Entgegenkommens der Regierung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen sich sehr verschnupft darüber äußerte, daß am Schluß des letzten Gewerkschaftskongresses der Vorsitzende Bömelburg sagte, der schwerste Moment in der Tagung sei es für ihn gewesen, als er zu Beginn der Verhandlung die Vertreter der Regierung habe begrüßen müssen. Daß Bömelburg damit den Herren keine Sottise sagen wollte, bewiesen seine weiteren Worte und bewies die Begrüßung selbst, wie das Protokoll aufweist. Er wollte offenbar nichts Anderes sagen, als daß es ihm Ueberwindung kostete nach den vielen Püffen und Fußtritten, womit die organisirten Arbeiter bisher von den Regierungen traktirt wurden. Die Arbeiter sind eben anders geartet als die Bürgerlichen, namentlich vom Freisinn, die ein flüchtiger Sonnenblick von oben alle früheren Mißhandlungen vergessen läßt und die sich verzückt geberden, wenn sie einmal weniger schroff behandelt werden.

Eine interessante Materie dieser Sitzung bildete auch die Apothekenfrage. Wie wir seiner Zeit mittheilten, hat vor einigen Monaten der Stuttgarter Gemeinderath den löblichen Beschluß gefaßt, eine Apotheke auf Rechnung der Stadt zu errichten und in Betrieb zu nehmen. Es war ein Mehrheitsbeschluß, der nur mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder und auf ihre Initiative zu Stande kam. Aber ohne die Konzession der Regierung kann derselbe nicht zur Ausführung gelangen. Es war vorauszusehen, daß der Beschluß, der erstmals in das Monopol Bresche legen soll, eine starke Opposition auf die Beine bringen wird. Vor Allem seitens der unmittelbaren Interessenten, der Apotheker, die sich um ihre Goldgruben wehren. Im Volksmund heißen sie die Neunundneunziger, weil sie 99 Prozent verdienen sollen. Sie selber erklären das für eine Fabel, und insofern mögen sie Recht haben, als ihr Verdienst noch viel höher ist, wenn auch nicht 999 pZt., wie ein Spottvogel meinte. „Die Apotheken erzielen heute auf Kosten der Aermsten der Armen Gewinne von 500 pZt.“, konnte ein Redner auf dem letzten „Allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands“ konstatiren, was freilich von einem anwesenden Apotheker nur für einzelne Arzneien zugegeben wurde. Auf demselben Kongreß wurde hervorgehoben, daß die Zahl der Apotheken sich nicht annähernd im Verhältniß zum Konsum an Medikamenten vermehrt habe. Die Krankenversicherung sei ein Segen für die Apotheker geworden.

Aber der Beschluß des Stuttgarter Gemeinderaths hat im kapitalistischen Lager überhaupt eine Panik erzeugt. Nervöse Leute sehen schon in der Ferne das Medusenhaupt der Kommüne auftauchen. Wirklich ist in einem Bürgerverein dieser Tage das Schreckniß an die Wand gemalt worden, auch in anderen Berufszweigen würden bald Gemeindebetriebe entstehen, wodurch die Geschäftsleute zu „Hörigen der Kommüne“ gemacht würden. Man denkt da wieder an die Kasernenhofblüthe: „Dem Huber fehlt ein Knopf an der Uniform, der Kerl trägt sich gewiß mit Abrüstungsgedanken.“ In einem Kapitalistenblatt, das spaltenlang über den gemeinderäthlichen Beschluß jammert, wurden die geistreichen, der Eugen Richter'schen Stiefelwichsfrage verwandten Fragen aufgeworfen: „Wenn schließlich die ganze Stadt in eine große Konsumanstalt verwandelt sein wird, wer wird dann noch die Steuern zahlen? Wie sollen Handel und Gewerbe fortschreiten, wenn durch Ausschaltung des Einzelbetriebes der mächtigste Ansporn zu Besserungen, der Erwerbstrieb des Einzelnen, verschwindet?“

Item: ein Nationalliberaler bemühte sich im Landtag, die Regierung gegen das Projekt scharf zu machen und dem Minister die Verweigerung der Konzession zu suggeriren; wogegen sie von volksparteilicher Seite befürwortet wurde, am nachdrücklichsten aber von unserem Fraktionsredner Hildenbrand, welcher ausführte: Es wäre ein großer volkswirthschaftlicher Fehler, wenn sich die Regierung einseitig auf den Interessenstandpunkt der Apotheker stellen wollte. Am Apothekerberuf zeige sich, wie gemeingefährlich die Verleihung von Monopolen an private Unternehmer wirkt. Das Apothekenmonopol sei zu einem großen Schaden für die gesammte Bevölkerung geworden. Große Krankenkassen von 30 000 bis 40 000 Mitgliedern müssen den privaten Apothekern tributär sein.

Der Minister sprach sich nicht bestimmt aus, das Gesuch werde eingehend geprüft und erwogen werden; er gab jedoch ziemlich deutlich zu verstehen, daß bei der Regierung wenig Geneigtheit besteht, den Interessen der Apotheker zu nahe zu treten.

„Mehr und mehr ringt sich die sozialpolitische Erkenntniß durch, daß die Momente der Krankheit, die nicht nur die physische, sondern zugleich die wirthschaftliche Existenz der weitesten Kreise bedrohen, nicht privater Besorgung und Ausbeutung überlassen werden dürfen.“ So schließt das Kapitel „Apotheken“ in dem Buch unseres Genossen Lindemann über die deutsche Städteverwaltung.

Von der Weltbühne.

Die Soldatenmißhandlungen haben auch dieses Jahr wieder den Reichstag beschäftigt; aber von der Regierung aus wurde den sozialdemokratischen Anklägern entgegnet, es sei nicht so schlimm, wie es dargestellt werde, und im Ganzen seien die Soldaten durchaus geschützt. Nun ist es aber ein merkwürdiges Verhängniß der deutschen und der preußischen Regierung, daß fast alle ihrer wichtigen offiziellen Erklärungen sehr bald durch Thatsachen widerlegt werden. So ist es auch mit der Ableugnung der systematischen Soldatenschinderei gegangen, und die Widerlegung ist diesmal von einer Stelle ausgegangen, welche die Regierung wohl oder übel als kompetent betrachten muß.

Der kommandirende General des sechsten Armeekorps, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, hat nach schlesischen Blättern an die ihm untergebenen Dienststellen einen Erlaß gerichtet. Er bringt darin die früheren Bestimmungen gegen Soldatenmißhandlungen in Erinnerung und führt im Anschluß daran aus:

„Für den Soldaten ist es schimpflich und erniedrigend, Mißhandlungen zu erdulden. Darüber darf die Mannschaft nicht im Zweifel gelassen werden. Es ist daher den Leuten durch die Offiziere öfter klar zu machen, daß ihnen durch Zufügung von Mißhandlungen eine ehrenrührige Behandlung widerfährt, daß sie an ihrer persönlichen Ehre geschädigt werden und daß es weder dem Willen Seiner Majestät des Kaisers und ihrer übrigen Vorgesetzten, noch dem berechtigten Ehrgefühl des Soldaten entspricht, wenn die Leute sich eine solche Behandlung stillschweigend gefallen lassen. Wird aber die geschehene Mißhandlung von dem Mißhandelten nicht angezeigt, so ist es kaum möglich, daß die Vorgesetzten die zum Schutze der Leute nöthigen Schritte thun und Denjenigen, welcher die Mißhandlungen verübt, zur Verantwortung ziehen können. Die Leute ermuthigen durch ihr Schweigen gradezu die ihnen zugefügte unvorschriftsmäßige rohe Behandlung und mit der Zeit wird diese dann leicht zur Gewohnheit.“

Das ist ja schön und gut, und ohne Zweifel giebt es kaum etwas Schimpflicheres für einen Soldaten, als sich wie ein Hund treten lassen zu müssen. Es ist auch anerkennenswerth, wenn die Leute darüber aufgeklärt werden, daß sie sich Brutalitäten nicht gefallen zu lassen brauchen. Aber — im Großen und Ganzen wird es trotz des guten Willens, der aus dem Erlaß hervorleuchtet, beim Alten bleiben. Es giebt nur zwei, neben einander wirkende Mittel, um die Soldatenmißhandlungen wenn nicht zu beseitigen, so doch einzuschränken. Man gewähre dem Soldaten das Recht der Nothwehr gegen seine Peiniger und sorge dafür, daß angezeigte Soldatenmißhandlungen exemplarisch bestraft werden! Wenn der „Stellvertreter Gottes“ weiß, daß der Soldat sich zur Wehre setzen und seinen Peiniger niederschlagen darf, wenn er ferner weiß, daß die jetzt üblichen Scheußlichkeiten nicht mehr mit einigen Tagen Arrest, sondern mit langwährender Gefängnißstrafe und daneben regelmäßig Degradation geahndet werden, dann wird er sich wohl besinnen, ehe er seinen brutalen Instinkten freien Lauf läßt.

Der Fall, welcher zu dem Erlaß den Anstoß gab, ist schon bezeichnend für das bisherige System. Es handelt sich den Blättern zufolge um den Selbstmord eines Kanoniers Heinrich, der sich, um den fortgesetzten Mißhandlungen des Unteroffiziers Miesliewicz zu entgehen, am 3. Januar bei dem Breslauer Vororte Hundsfeld von einem Eisenbahnzuge hatte überfahren lassen und sofort getödtet worden war. Der Kanonier Heinrich hatte die Absicht, sich das Leben zu nehmen, seiner Mutter am 29. Dezember v. J. brieflich angezeigt und darin die Gründe dafür detaillirt angegeben. Der Unteroffizier ist vom Kriegsgericht für seine Mißhandlungen zu nur drei Wochen Mittelarrest verurtheilt worden, weil das Gericht keinen Zusammenhang zwischen den Mißhandlungen und dem Selbstmord finden konnte.

Die Wahlparole macht sämmtlichen „nationalen“ Parteien noch immer schwere Sorgen; und besonders die Nationalliberalen, die ja wirklich auch gar nichts haben, worauf sie sich stützen könnten, wimmern nach einem Stichwort. Der „Hann. Courier“ giebt heute seinem schweren Kummer darüber Ausdruck, daß die Regierung so gar nichts thue, den „Staatserhaltenden“ unter die Arme zu greifen, und schreibt ganz verzweifelt: „Das deutsche Volk wird also ohne Wahlparole zur Urne schreiten müssen, wenn es sich nicht selbst noch eine erfindet.“

Das „Erfinden“ ist aber gar nicht so leicht, wenn man Nationalliberaler ist und nicht weiß, was die Regierung am liebsten sehen würde. Deswegen klagt das bereits zitirte Blatt auch sehr beweglich: „Es geht rechts, es geht links, und geht am besten mit dem Zentrum. Wir haben kein parlamentarisches Regime, aber Graf Bülow wird als praktischer Mann mit der Mehrheit regieren, die der neue Reichstag aufweist, der auf fünf Jahre gewählt wird.“

Daß diese Mehrheit sicher keine nationalliberale sein wird, steht auch für den „Hann. Courier“ fest, und darum ist er sehr pessimistisch. Ursache dazu hat er gewiß, denn wenn etwas sich genau voraussagen läßt, so ist es die gänzliche Zertrümmerung der erst durch angeborene Feigheit und alsdann durch Bassermann'sche Taktik innerlich ruinirten nationalliberalen Partei.

Der Groll der schlesischen Polen gegen das Zentrum und besonders gegen den Grafen Ballestrem scheint sehr tief zu sitzen. Der Gleiwitzer „Glos Polski“ fordert die oberschlesischen Polen zur Beitragsleistung zu Wahlzwecken auf, „damit dem Abgeordneten Grafen Ballestrem der Eingang zum Reichstage versperrt werde“. „Möge die Welt erfahren“ — so schreibt das Blatt weiter — „daß Graf Ballestrem durch die Arbeit und das Geld des polnischen Volkes seines Mandats verlustig gegangen sei.“

Die „Bierschlange“, von der Graf Posadowsky vor nicht langer Zeit sprach, erhebt schon wieder den Kopf. Nicht nur ist dieser Tage im preußischen Herrenhause auf die Biersteuer als brauchbares kommunales Steuerobjekt sehr lebhaft hingewiesen worden, auch offiziös wird in den „Berl. Pol. Nachr.“ Stimmung für eine Erhöhung der Biersteuer gemacht. Das Organ des edlen Galiziers Schweinburg benutzt dazu die Berechnungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes wie folgt:

„Wenn in der Presse eine gewisse Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß in der jüngsten Zeit sich bei nahezu gleichbleibendem Verbrauch von Branntwein eine Verminderung des Bierkonsums eingestellt habe, so dürfte nicht ausreichend beachtet sein, daß in der guten Zeit bis zum Jahre 1900 bei ziemlich unverändertem Verbrauch von Branntwein sich eine sehr beträchtliche Steigerung des Bierverbrauchs vollzogen hatte. Während der Verbrauch von Branntwein nach wie vor sich ungefähr auf 4,2 bis 4,4 Liter für den Kopf stellte, stieg der Bierkonsum von 89 Litern im Jahre 1894 auf 106 im Jahre 1900, also in diesem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum um nicht weniger als 17 Liter oder beinahe 20 pZt. Wie gering übrigens trotz dieses verhältnißmäßig starken Verbrauchs die steuerliche Belastung in Folge des Bierzolles und der Biersteuer im Gebiete der Brausteuergemeinschaft ist, mag aus den nachfolgenden Vergleichen ersehen werden. Im Rechnungsjahr 1901/02 betrug in Großbritannien die Malzsteuer rund 14 Millionen Lstrl., also bei etwas mehr als 41 Millionen Einwohnern nahezu M. 7 auf den Kopf. Bei uns dagegen stellte sich die Steuer im Jahre 1900 bei dem hohen Konsum von 106 Litern auf den Kopf auf nur 91 Pfennige, mithin auf wenig mehr als den achten Theil der steuerlichen Belastung in England. Nach der Berechnung des Kaiserlichen Statistischen Amtes stellte sich in dem genannten Jahre ferner die Steuer auf 0,74 ₰ auf das Liter, betrug also für das Seidel von 0,4 Liter Inhalt noch nicht 0,3 ₰, mithin noch nicht den fünfzigsten Theil des Preises, für den das Bier der Brausteuergemeinschaft im Allgemeinen ausgeschenkt zu werden pflegt. Die Steuer ist hiernach im Vergleiche zu dem Detailpreise des Bieres so minimal, daß sie in diesem gar nicht zum Ausdruck gelangen kann, so daß auch, wenn die Brausteuer aufgehoben würde, voraussichtlich keine Aenderung in dem Detailausschankpreise des Bieres eintreten könnte. Von einer fühlbaren Belastung der Bevölkerung und insbesondere auch des Mittelstandes durch die Biersteuer, wie sie zum Zwecke der Wahlverhetzung von sozialdemokratischer und freisinniger Seite behauptet wird, ist daher in Wirklichkeit durchaus nicht die Rede.“

Die eifrigen Verfechter der Erhöhung der indirekten Steuern gehen immer von der Voraussetzung aus, daß wir Deutschen unbedingt das „Glück“ genießen müssen, für alle Dinge die höchsten Steuern zu bezahlen. Eher ist ihr Ehrgeiz nicht befriedigt. Uebrigens verschweigt der Offiziosus zur Irreführung der Leser, daß der Bierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in England fast um ein Drittel höher ist als in Deutschland, er beträgt nämlich 137 bis 138 Liter. Ebenso irreführend ist die Behauptung, die so „minimale“ Biersteuer könne im Preise gar nicht zum Ausdruck kommen. So edel und großmüthig sind die Brauer wirklich nicht, die Steuer aus ihrer Tasche zu bezahlen. Lassen sich die Bruchtheile eines Pfennigs nicht auf das Liter aufschlagen, so nimmt man eben einen ganzen Pfennig mehr und die Bierkonsumenten werden also noch schärfer betroffen, als die Steuer unbedingt nöthig macht. 91 Pfennig Steuer pro Kopf, d. h. durchschnittlich 4—6 Mark auf den Steuerzahler, das ist wirklich keine so minimale Steuer, daß man sich eine Erhöhung so leicht gefallen lassen könnte, ganz abgesehen von der Ungerechtigkeit der indirekten Besteuerung überhaupt.

Die Bekämpfung der Wurmkrankheit bildete den Gegenstand einer am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause abgehaltenen Konferenz, an der außer den Vertretern der Regierung solche des Vereins für bergbauliche Interessen in Dortmund, des Verbandes der Vereine technischer Grubenbeamten, eine größere Anzahl von Aerzten und die Mitglieder des im Oberbergamtsbezirk Dortmund für die Bekämpfung der Wurmkrankheit eingesetzten Ausschusses theilnahmen. Vertreter von Arbeiterorganisationen hinzuzuziehen, hatte man für überflüssig erachtet.

Aus den Verhandlungen ergab sich im Wesentlichen, daß die Krankheit größere Verbreitung nur im Dortmunder Bezirk gewonnen hat, daß sie aber dort auch einen noch erheblich größeren Umfang gewonnen hat, als bisher geglaubt wurde. Eingeschleppt wurde dort die Krankheit im Anfang der neunziger Jahre durch italienische oder ungarische Arbeiter. Die Verbreitung von Grube zu Grube geschah dann durch den sehr großen Wechsel der Belegschaften. Eine genaue Feststellung des Umfanges der Krankheit hielt man nur für möglich durch die mikroskopische Untersuchung der Defektionen ganzer Belegschaften. Das Ober-Bergamt Dortmund hat die diesbezüglichen Maßnahmen auf Anweisung des Ministers bereits in die Wege geleitet.

Als bestes Mittel zur Bekämpfung der Krankheit hat sich bisher die Abtödtung der Parasiten durch Farrnkraut-Extrakt erwiesen. Die Behandlung muß auf jeden Fall im Krankenhause erfolgen. Als vorbeugende Maßnahme wurde ganz besonders der Erlaß einer Bergpolizei-Verordnung anerkannt, welche den Grubenbesitzern verbietet, Berglente anzulegen, die sich nicht durch eingehende zuverlässige Untersuchung als wurmfrei erwiesen haben.

Interessant war der Widerstreit der Meinungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die gegenwärtigen Abortanlagen; während die Ersteren dieselben für genügend erachteten, klagten die Arbeitervertreter darüber, daß dieselben nicht einmal immer den Vorschriften der sogenannten Gesundheits-Bergpolizei-Verordnung entsprächen. Auch die doch im Grunde selbstverständliche Forderung der Arbeitervertreter, daß die der Aufklärung über das Wesen der Krankheit dienenden Bekanntmachungen und Anschläge auch in die polnische Sprache übersetzt werden möchten, fand keineswegs allseitigen Beifall. Der Handelsminister stellte dabei die Prüfung der Frage in Aussicht, ob nicht die Beschäftigung von Arbeitern unter Tage verboten werden könne, wenn dieselben nicht der deutschen Sprache in Wort und Schrift völlig mächtig seien. Auch die Forderung der Arbeitervertreter, mit der Ueberwachung der zu treffenden hygieinischen Maßnahmen von den Arbeitern zu wählende Arbeiterkontrolöre zu beauftragen, fand nicht die Zustimmung der übrigen Versammlung. Geeignete Desinfektionsmittel für die Gruben haben sich bisher noch nicht finden lassen; am wirksamsten erweist sich bisher die völlige Trockenlegung verseuchter Baue auf längere Zeit.

Die aufzunehmende Statistik soll sich auch über die Erfolge des in jedem einzelnen Falle eingeschlagenen Heilverfahrens erstrecken.

Ueber die Verhandlungen soll ein eingehender Bericht nach stenographischen Aufzeichnungen erscheinen.

Ueber die deutsche Auswanderung im Jahre 1902 giebt das kaiserliche Statistische Amt in dem letzten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs eine zusammenfassende Statistik. Danach sind im Jahre 1902 32 098 Deutsche über See ausgewandert; das sind 5,6 Auswanderer auf 10 000 der Gesammtbevölkerung. An sich erscheint diese Ziffer gering, doch im Vergleich nicht nur zum Vorjahr, wo nur 22 073 Auswanderer (3,9 auf 10 000 Einwohner) ermittelt wurden, sondern auch zu den weiteren Vorjahren bis 1896 zurück wesentlich höher. Von den 32 098 deutschen Auswanderern haben 23 530 ihren Weg über deutsche Häfen genommen. Zu diesen 23 530 kommen (fast das Zehnfache) 221 432 Fremde, so daß die Gesammtzahl der über deutsche Häfen beförderten Auswanderer im Jahre 1902 244 962 betrug. Gegen 1901 hat sowohl die deutsche wie fremde, über deutsche Häfen erfolgte Auswanderung erheblich zugenommen, nämlich um 7063 bezw. 54 806, also insgesammt um 61 869, während in den vorausgegangenen Jahren nur bei den fremden, nicht auch bei den deutschen Auswanderern eine Zunahme zu bemerken war. Von den 244 962 Auswanderern des Jahres 1902 gingen 143 329 über Bremen, 101 633 über Hamburg. Das Hauptziel der Auswanderung waren die Vereinigten Staaten von Amerika.

Ueber die parlamentarische Arbeitervertretung in England schreibt man der „Leipz. Volks-Zeitung“: Mr. William Crooks, der neue Abgeordnete für Woolwich, stellte und begründete seinen Antrag auf Beseitigung der Wahlkosten, die bekanntlich in England sehr hoch sind, und auf Zahlung von Diäten, damit es den Arbeitern möglich werde, ihre Vertreter in's Parlament zu schicken. Dies war gleichzeitig die Gelegenheit für Crooks, seine Jungfernrede zu halten. Er sprach hie und da mit etwas überschießendem proletarischen Bewußtsein, indem er das praktische politische Wissen der Arbeiterführer höher schätzte als das der Herren

---

[30] (Nachdruck verboten.)

Die Erbschleicherinnen.

Roman von Ernst v. Wolzogen.

Lizzi zuckte die Achseln und verzog schmollend den Mund. Nun wollte der sie auch schon gängeln und schulmeistern wie ein kleines Kind. Niemand schien ihr ein Recht auf Freiheit zugestehen zu wollen. Sie war eben nur „ein Mädel zum Verlieben,“ wie die kluge Milka gesagt hatte. Das Wort brannte ihr auf der Seele wie ein frisches Schandmal. Aber es stachelte auch ihren eingeschlafenen Trotz wieder auf. O, sie sollten schon sehen, wie sie sich in ihr getäuscht hätten! Als ob sie nur dazu da wäre, in der Welt herumgestoßen und hin und wieder abgeküßt zu werden! O, sie wollte ihnen schon zeigen! — das heißt — augenblicklich freilich wußte sie gar nicht, was sie wollte.

Gregor löste ihr zurückgelassenes Gepäck aus und setzte sie in eine Droschke. Er gab dem Kutscher die Adresse der Majorin und bezahlte ihn im Voraus. Dann schied das Liebespaar mit einem ziemlich kühlen Kuß und dem Versprechen, einander zu schreiben. — —

Frau von Goldacker wohnte Hochparterre; aber dennoch hatte Lizzi, als sie bei ihr die Klingel zog, so starkes Herzklopfen, als sei sie mindestens vier Treppen hoch gestiegen. Der dumme Diener öffnete ihr die Thür und grinste sie freundlich an, da er sie wieder erkannte.

„Thut mir sehr leid, die gnädige Frau sind nicht zu Hause.“

„Nicht zu Hause?“ echote Lizzi verzweifelt. „Ja, aber, Du mein Herrgott, i hab' doch mei ganz's Gepäck drunten im Wag'n. Wo soll i denn hin damit?“ rief sie weinerlich und stampfte ungeduldig mit dem Fuß auf. „Is 's denn wirklich wahr, daß gar Niemand z' Haus is?“

Der Diener lächelte dumm. „Der junge Herr is zu Hause. Wenn Fräulein den vielleicht sprechen wollen? Aber er darf nich aus der Stube. Er hat en furchtbaren Schnuppen.“

„Dees is m'r ganz egal,“ sagte Lizzi mit zuckenden Lippen. „Sind S' nur so gut, und schaffen S' mei Sach rauf, und nachher möcht' i mit dem jungen Herrn sprechen.“

Der Diener zögerte noch einige Augenblicke, ehe er sich endlich entschloß, ihren Wunsch zu erfüllen und ihre Habseligkeiten aus der Droschke heraufzuschaffen. Er setzte sie einstweilen in den Korridor und ließ dann Lizzi in das Prunkgemach eintreten.

Das war heute ebenso kalt und ebenso verstaubt wie am letzten Sonntag, und die großen Kirchenengel hatten immer noch keine angemessene Beschäftigung gefunden. Lizzi hatte nicht den Muth, sich einer der zahlreichen Sitzgelegenheiten zu bedienen, denn sie mochte nicht Gefahr laufen, ihren Eintritt in dies Haus mit einem Einbruch zu feiern. Sie fürchtete die böse Vorbedeutung. Unruhig schritt sie durch den weiten Raum, bald zum Fenster hinausschauend, bald die Alterthümer betrachtend. Ihr war ungefähr zu Muthe, wie im Vorzimmer eines Zahnarztes, wenn man noch zweifelhaft ist, ob das Urtheil des Schrecklichen auf Plombiren oder Extrahiren lauten wird. Herrgott! Wenn die Majorin nun nichts von ihr wissen wollte! Dann blieb ihr ja nichts übrig, als sich entweder der Tante Ida oder dem bösen Gregor auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Es klopfte leise an der Thür zum Nebenzimmer.

„Herein!“ rief Lizzi laut.

Aber es folgte Niemand ihrer freundlichen Aufforderung. Dagegen versuchte eine jammervoll heisere und nasal obstruirte Stimme sich hinter jener Thür verständlich zu machen, was ihr jedoch nicht gelang. Daraufhin hielt es Lizzi für erlaubt, die Thür zu öffnen.

Sie trat in das kleine Boudoir der Majorin und sah sich dem Sohne des Hauses, dem Stolz der Mutter, dem Erben aller ihrer Reich- und Alterthümer, dem einzigen Bubi, dem süßen Rudi, gegenüber. Er sah wieder einmal bezaubernd aus — ja, noch schöner als das erste Mal! Seine Füße steckten in Filzpariſern, seine langen Beine in zu kurz gewordengn grauen Hosen, sein Oberkörper in einer abgetragenen Lodenjoppe. Um den Hals trug er einen wollenen Shawl gewickelt. Um die bleichen Wangen, von denen die linke arg geschwollen war, ein ehemals weißseidenes Tüchlein, das auf dem Scheitel seines edlen Langschädels verknotet war und zwei ansehnliche Oehrlein oder Hörnlein bildete. Seine unglückliche Nase war roth und geschwollen, und seine hellblauen Aeuglein standen ihm voll Wasser. Aus den Ohrwascheln schauten die Enden zweier Wattepfröpfe hervor.

Der Unglückliche führte eine tadellose Verbeugung aus und sagte — oder vielmehr er deutete an, was er sagen wollte, denn der Ton, welcher von der geschwollenen Backe zurückprallte und in der verstopften Nase keine Resonnanz fand, gelangte in einem Zustand an die Außenwelt, der kaum etwas Menschliches mehr an sich hatte. „Gnädiges Fräulein verzeihen, ich leide an heftigem Katarrh. Ich darf nicht aus dem geheizten Zimmer heraus.“

So wenigstens glaubte Lizzi zu verstehen. Unter einfacheren Verhältnissen hätte sie wohl mitleidslos die Komik dieses katarrhalischen Jünglings empfunden, da sie aber selbst in so ungewöhnlicher Verfassung war, nahm sie die seinige schlechtweg als gegeben hin und versetzte ganz ernsthaft: „O, bitt' schön, dees macht nix. Kommt denn Ihre Frau Mutter net bald heim?“

„Mama inspizirt die Volksküche. Aber wenn ich vielleicht mit etwas dienen kann . . .?“

„Nein, dank' schön, i hab' gar kein' Hunger. Wenn nur d' Frau Mutter recht bald kommen möcht', daß i wüßt', ob i dableib'n derf.“

„Dableiben — hier — bei uns? Ach, das wär' ja — ha—hatschi! — p—ardon, das wär' reizend!“

„G'sundheit! Was haben S' g'sagt?“

„Das wär' reizend,“ wiederholte er, mühsam nach Luft schnappend und seine verquollenen Aeuglein gewaltsam aufreißend, um ihr einen süßen Blick zu spenden.

„I bin nämlich durchbrennt, daß Sie's nur wissen,“ erklärte Lizzi und schüttelte in ihrem Eifer den süßen Bubi am Arm.

Er starrte sie halb ungläubig, halb bewundernd an, während er den gerötheten Endknollen seiner Nase in dem feuchten Taschentuch verbarg und stöhnte: „Durchgebrannt? O, das ist aber großartig reizend, p—ardon — ha—atschi! — Das kommt nämlich davon, weil ich neulich so lange in den verfluchten Trikots herumgelaufen bin.“

„Je, Sie armer Tropf. Sie haben aber an Katarrh derwischt! — Sagen S', glauben S' denn, daß mi d' Frau Mutter dab'hält? Können S' mi denn überhaupt unterbring'n? Habt S' denn so 'was wie a Bett für mich?“

„O, Fräulein Mödlinger,“ röchelte der unglückliche Rudi begeistert. „Für Sie würde ich freudig mein eigenes Bett hergeben, und wenn ich in der Hundehütte schlafen müßte! O, Mama muß Sie aufnehmen! Ich werde sie zwingen, wenn sie nicht will.“

Lizzi war so gerührt durch des guten Jungen verschnupften Enthusiasmus, daß sie auf einmal zu weinen anfing. Sie streckte ihm ihre Hand entgegen und schluchzte: „Sie sind sehr gut, Herr von Goldacker — die wahren Freund' findt' m'r doch immer erst im Unglück. Sie wissen gar net, wie wohl Sie mir thun. Ach, Sie kennen das Leben nicht! Das Leben ist sehr grausam, besonders gegen ein alleinstehendes junges Mädchen. Sie als Mann können das gar nicht nachempfinden.“

„O doch!“ flüsterte Rudi, die dürftigen Augenbrauen wichtig emporziehend und gab den leichten Druck ihrer Hand warm zurück. „Verlassen Sie sich auf mich, ich werde Ihnen beistehen und wenn die ganze Welt . . . ha—atschi! — Ohhh — dieser gräßliche Schnupfen!“

„Ich will nämlich zur Bühne gehen,“ fuhr Lizzi fort, nachdem sie dem Freunde Zeit gegönnt hatte, die unangenehmen Folgen des letzten Niesers zu beseitigen.

„Zur Bühne? O, das ist reizend!“ stöhnte Rudi; „dann geh' ich auch zur Bühne. Mama sagt, ich wäre der geborene Romeo.“

„Ach ja, dann will ich die Julia studiren,“ sagte Lizzi, ihre Thränen trocknend. Und sie reichte ihm auf's Neue die Hand, und drückte sie warm zur Bekräftigung des löblichen Vorsatzes.

In diesem Augenblick trat die Majorin herein. Sie hatte sich, auf die alarmirende Meldung des Dieners hin, noch gar nicht einmal die Zeit genommen, Hut und Mantel abzulegen.

„Mein Gott, Kinder, was soll denn das bedeuten?“ rief sie, die Hände zusammenschlagend. „Ihr Beide in Thränen aufgelöst? Was ist denn um Gottes willen los? Ist am Ende der Onkel Riemschneider todt? Ich hab' schon in der Zeitung gelesen, daß ihn der Schlag getroffen hat. Und Sie, Lizzi, sind mit Sack und Pack hier eingerückt? Ja, sagen Sie blos . . .“

„Du wirst jetzt zunächst einmal augenblicklich zu Bett gehen und zum Schwitzen einnehmen, mein Sohn,“ sagte die Majorin ungerührt und schob ihre Bubi energisch zur anderen Thür hinaus.

Da schritt Rudi feierlich auf die Mutter zu und röchelte pathetisch: „Mama, eine Unglückliche steht um Obdach flehend, vor Deiner Schwelle. Und wenn Du mich nicht selbst aus dem Hause treiben willst, so . . . ha—atschi!“

Und als sie nach einer kleinen Weile zurückkehrte, da beichtete Lizzi Alles haarklein — nur den Herrn Krajesovich von Remes-Pann und was er mit der Geschichte zu thun hatte, ließ sie aus. Und die gute Frau von Goldacker war sehr ergriffen, nannte die Geheimräthin einen giftigen Drachen, schloß Lizzi an ihr Herz und versprach, für sie zu sorgen. —

Eine halbe Stunde später schon saß Lizzi am Schreibtisch der Majorin und schrieb ihren ersten Brief an Kathi. Der fing so an:

„Geliebtes Schwesterherz! Ein finster gähnender Abgrund liegt zwischen dem Gestern und Heute. Gestern war Deine Lizzi noch ein unwissendes Kind — heute — o Kathi, Du kennst das Leben nicht! Möchte der gütige Himmel es Dir ersparen — — —“

(Ende des ersten Bandes.)